

Gegen den Opernball 2005 / Frankfurt

In den vergangenen Jahren fanden mit den Hartz-Gesetzen, Gesundheits- und Rentenreformen Angriffe auf soziale Dienstleistungen statt, die nach dem 2. Weltkrieg in der sogenannten „Bonner Republik“ zwischen sozialen Bewegungen (vor allem der ArbeiterInnenbewegung) und der Kapitalseite ausgehandelt worden waren. Diese führten dazu, dass es in der Bundesrepublik (selbst laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung) wieder wahrscheinlicher ist, arm zu werden.

Anders als noch unter der konservativen Bundesregierung blieben unter Rot-Grün die Proteste von Gewerkschaften, Sozialverbänden und anderen sozialen Bewegungen gegen Sozialabbau so gut wie wirkungslos. Ideologische Schlagwörter wie Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Sozialneid und Blockierer prägten die Reaktionen der etablierten Politik auf jegliche Kritik, und sei diese auch noch so bescheiden. Ab und zu wurden rein rhetorische Zugeständnisse an die Gewerkschaften gemacht, um sie bei der Stange zu halten und um durch sie den Widerstand auf traditionelle symbolische Protestformen festzulegen. Diese äußerst effektive Form der Politik, die alte Integrationsstrategien der Sozialdemokratie mit neoliberaler Politik kombiniert, zeigt, dass erst mit dem Antritt einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung großen Teilen der Bevölkerung die „Notwendigkeit“ von Einschnitten ins soziale Netz näher zu bringen war. Dass diese jedoch nicht völlig ohne Gegenwehr hingenommen werden, zeigen die durchaus unterschiedlich zu bewertenden Montagsdemos oder die gegen die Hartz-Behörden gerichtete Kampagne „Agenturschluss“.

Die Reformen verstärken schließlich auch die seit Jahren fortschreitenden Attacken der Unternehmen auf Entlohnung, Arbeitszeiten und die Rechte der Beschäftigten. Während Angestellte in Dienstleistungsbetrieben, kleineren und mittleren Unternehmen seit Jahren mit stagnierenden bis rückläufigen Einkommen, Arbeitszeiten deutlich über 38 Stunden und prekärer Beschäftigung klarkommen müssen, haben sich seit letztem Jahr auch Beschäftigte in den industriellen Großunternehmen wie Daimler-Chrysler, Opel und VW mit dem Verlust erkämpfter Standards auseinander zu setzen. Die Angst vor Hartz IV und kampfunfähige Gewerkschaften lassen auch für sie das „golden age of capitalism“ schwinden. Doch bei all den „Verlierern“ des Sozialabbaus und der vergangenen betrieblichen Kämpfe sollte man die „Gewinner“ nicht vergessen. Denn der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung weist auch daraufhin, dass parallel zu einem erhöhten Armutsrisiko die Anzahl der Reichen und Superreichen angestiegen ist bzw. deren Einkommen sich erhöht haben. U.a. niedrigere Unternehmenssteuern und ein gesunkener Höchststeuersatz sind die Geschenke der Bundesregierung an die „oberen Zehntausend“ dieser Gesellschaft. Zusätzlich brauchen sie sich in einer weiteren Phase ihres Lebens nicht mehr mit der „Masse“ abzugeben. Während die „Elite“ in Wirtschaft, Justiz und Staat schon früher die NachfolgerInnen aus den eigenen Reihen rekrutierte, war sie wenigstens Zeit ihres Studiums gezwungen, mit diesen den Hörsaal zu teilen. Aber keine Sorge: Mit Hilfe von Studiengebühren werden auch die letzten ArbeiterInnenkinder aus den Universitäten gedrängt.

Die „Elite“ hat also allen Grund zu feiern. Eine dieser Gelegenheiten, bei denen sich die „hohe Gesellschaft“ selbst feiern darf, ist der am 26.02.05 stattfindende Frankfurter Opernball. Unter dem für alle von Sozialabbau Betroffenen zynischen Titel „Viva la vita – Es lebe das Leben“ treffen sich Superreiche, ihr Anhang aus Anwälten, Ideologen, etc., und als Präsent obendrauf Bundespräsident Köhler. Dass dieser als ehemaliger IWF-Präsident auch global im Auftrag des Sachzwangs unterwegs war, bietet einen guten

Anlass, ihn und sonstige Gäste nicht unkommentiert feiern zu lassen: Mit einer lautstarken Demonstration soll ein symbolischer Contrapunkt zum Opernball gesetzt werden. Mit dem Motto „Luxus für Alle“ soll die Möglichkeit einer Gesellschaft benannt werden, die sich an den Bedürfnissen aller orientiert und nicht an den Interessen der ProduktionsmittelbesitzerInnen und ihrer Ideologen. Dazu dürfen wir uns allerdings keinesfalls nur auf die Frage nach einer gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums beschränken, sondern müssen die Verhältnisse aufheben, die Ungleichheit hervorbringen und die freie Entfaltung unserer Bedürfnisse auf die KonsumentInnenfreiheit beschränken.